

Medienmitteilung 23. Mai 2025

Falsches Spiel zur Elternzeit

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) folgte heute dem Entscheid ihrer Schwesterkommission und gab zwei Standesinitiativen Folge, die eine nationale Elternzeit verlangen. Somit wäre der Weg frei für eine Vorlage für eine richtige Elternzeit. Eine Mehrheit der Kommission hängte den Initiativen aber einen Antrag an, der den Entscheid ins Gegenteil verkehrt: Es soll gar keine zusätzliche Elternzeit geschaffen werden, sondern es sollen die bestehenden 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und zwei Wochen Vaterschaftsurlaub «flexibilisiert» werden. Dieser Antrag stellt einen inakzeptablen Rückschritt dar und gefährdet den aktuellen Mutterschaftsurlaub. Das ist offensichtlich nicht im Sinne der angenommenen Standesinitiativen. Das Parlament darf diesem falschen Spiel nicht folgen und muss unbedingt eine echte Elternzeit im Sinne der Standesinitiativen erarbeiten.

Die Trägerorganisationen der Familienzeit-Initiative sind empört über diesen Entscheid. Es ist völlig klar, dass Elternzeit immer zusätzliche Wochen zum Status quo meint. Dass die Elternzeit länger sein muss als die bestehende Mutterschaftsversicherung hält auch die Familienzeit-Initiative ausdrücklich fest.

Deshalb sagt **Patrick Hässig**, Nationalrat GLP/ZH: «Der Antrag der Kommissionsmehrheit verkehrt die Idee einer Elternzeit ins Gegenteil. Statt die Familie zu stärken, droht eine massive Verschlechterung für Gleichstellung und Vereinbarkeit. Für mich sind das statt einem Schritt vorwärts gleich zwei Schritte zurück.»

Lisa Mazzone, Präsidentin der GRÜNEN Schweiz, zu diesem Entscheid: «Die SGK-N bricht ein Tabu und gefährdet den Schutz der Mütter nach der Geburt. Das ist ein schwerer Angriff auf die Gesundheit der Mütter und ein skandalöser Rückschritt.»

Christina Bachmann-Roth, Präsidentin Mitte Frauen Schweiz, fügt an: «Die Mitte Frauen setzten sich für die Familienzeit-Initiative ein, weil die Elternzeit den bestehenden Mutterschaftsurlaub verlängert und Familien entlastet. Einen Rückschritt bei der Mutterschaftsversicherung lehnen wir selbstverständlich ab.»

Adrian Wüthrich, Präsident von Travail.Suisse sagt zum heutigen Entscheid: «Der Mutterschaftsurlaub wird erneut unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung angegriffen – wie schon bei den Debatten zur Einführung eines Vaterschaftsurlaubs. Travail.Suisse wird sich auch weiterhin vehement gegen diese Angriffe zur Wehr setzen und mit der Familienzeit-Initiative weiterkämpfen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.»

Auch **Kathrin Bertschy**, Co-Präsidentin von alliance F und Nationalrätin GLP/BE, kritisiert das Manöver: «Ein Land, das Kinder und Fachkräfte will, muss in die Vereinbarkeit investieren. Es braucht bessere Rahmenbedingungen für Mütter und Familien und sicher keine Verschlechterung der heutigen Situation.»

Die SP Schweiz unterstützt die Familienzeit-Initiative ebenfalls. Co-Präsidentin **Mattea Meyer**, Nationalrätin SP/ZH und ebenfalls Mitglied der SGK-N, kritisiert den Entscheid der Kommission klar: «Dieser Entscheid greift den Mutterschutz nach der Geburt an. Die SP Schweiz wird im

Parlament für eine echte Familienzeit kämpfen, welchen diesen Namen verdient und Gleichstellung nicht nur vorgaukelt.»

Nachdem die Kommissionen beider Räte zugestimmt haben, kann nun eine Vorlage erarbeitet werden. Das Parlament muss den Auftrag der Standesinitiativen ernst nehmen und eine zusätzliche Elternzeit schaffen. Alles andere verhöhnt die Idee einer Elternzeit. Es ist völlig klar, dass die Träger-Organisationen der Familienzeit-Initiative jeden Rückschritt bei Gleichstellung und Vereinbarkeit vehement bekämpfen wird.

Die Familienzeit-Initiative ist dringender denn je

Statt die Situation für Mütter und Familien zu verbessern, gefährdet die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats die erworbenen Rechte. Angesichts dieses gefährlichen Vorschlags ist eine Volksinitiative für die Familienzeit dringender denn je! Die Initiative ist heute die einzige pragmatische und vernünftige Lösung, um die Situation von Müttern, Familien und Kindern zu verbessern.

Die Familienzeit-Initiative ist so ausgestaltet, dass die Elternzeit die positiven Wirkungen voll entfalten kann: Sie sieht für beide Elternteile je 18 Wochen Elternzeit vor, die nicht übertragbar und grundsätzlich alternierend zu beziehen sind. Nur ein Viertel kann gleichzeitig bezogen werden, mit Ausnahmen aus gesundheitlichen Gründen. Auch soll bei tiefen Einkommen der Erwerbssersatz von 80% bis auf 100% des Einkommens steigen – das fördert, dass die Elternzeit auch tatsächlich bezogen wird. Ohne diese Massnahmen würden potentiell positive Effekte verpuffen.

Die Familienzeit-Initiative wird getragen von einer breiten, überparteilichen Allianz: alliance F, GRÜNE Schweiz, Grünliberale Partei Schweiz, Mitte Frauen Schweiz und Travail.Suisse. Im Initiativkomitee sind zudem Exponent:innen der FDP, EVP, SP, sowie Vertreter:innen aus Wirtschaft, Fachkreisen und weiteren unterstützenden Organisationen. Die Unterschriftensammlung läuft seit dem 2. April 2025.

Weitere Auskünfte:

- Patrick Hässig, Nationalrat GLP/ZH, 079 460 06 24
- Lisa Mazzone, Präsidentin GRÜNE Schweiz, 077 404 16 08
- Christina Bachmann-Roth, Präsidentin Mitte Frauen Schweiz, 079 686 47 95
- Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse, 079 287 04 93
- Kathrin Bertschy, Co-Präsidentin alliance F und Nationalrätin GLP/BE, 078 667 68 85

- Dominik Elser, Geschäftsleiter der Familienzeit-Initiative, 079 730 63 65,
dominik.elser@familien-zeit.ch